

Frankfurter Allgemeine SONNTAGS ZEITUNG

Drucken

Textgröße

F.A.S. - Wirtschaft

SONNTAG, 14.01.2018

Der Sonntagsökonom

Deutschland gibt Unsummen aus, um CO₂-Emissionen zu vermeiden. Dabei ginge es viel billiger. Von Philip Plickert

Nach der Jahreswende gab es einen kurzen Glücksmoment für Fans der Energiewende. „100 Prozent Ökostrom“, titelte die Tageszeitung „taz“. Es sei ein „epochaler Moment“. Am Neujahrmorgen hatte Deutschland für einige Stunden seinen Strombedarf komplett aus erneuerbaren Energiequellen, mit Photovoltaik- und vor allem Windkraftanlagen, gedeckt. Sturmtief Burglind blies an den folgenden Tagen so heftig, dass der Strompreis an der Börse wegen des Überangebots abstürzte und sogar negativ wurde – wie während 146 Stunden im vergangenen Jahr. Verrückte oder glückliche Ökostromwelt?

Viele Ökonomen neigen zu der Ansicht, dass sich Deutschland auf einem eher verrückten Trip befindet. Denn wir zahlen um ein Vielfaches mehr, als nötig wäre, um auf dem günstigsten Weg das deklarierte Ziel zu erreichen, möglichst wenig Kohlendioxid (CO₂) auszustoßen. Deutschland hat einen irre teuren Weg gewählt. Das zeigt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Basierend auf Angaben des Umweltministeriums, hat es errechnet, wie viel Geld hierzulande gezahlt wird, um eine Tonne CO₂-Emissionen einzusparen.

Das Ergebnis ist frappierend. Es zeigt, dass die von vielen Deutschen heißgeliebte Solarenergie hierzulande die mit Abstand teuerste und ineffizienteste Methode der CO₂-Vermeidung ist. 415 Euro kostete es, eine Tonne CO₂ durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen zu vermeiden. Das ist der Durchschnittspreis für die bestehenden Solaranlagen. Günstiger geht es mit Windkraft. Auf See fallen 250 Euro Kosten je vermiedene Tonne CO₂ an, mit Windrädern an Land etwas mehr als 100 Euro.

Zum Vergleich eine andere Zahl: Nur 7Euro kostet ein Zertifikat für eine Tonne CO₂-Emissionen in der EU. Der Preis der Zertifikate spiegelt die geringstmöglichen Kosten der CO₂-Vermeidung in Europa wider. Unternehmen wägen ab, ob es günstiger ist, für die Zertifikate zu zahlen oder ihre Fabriken und Kraftwerke zu modernisieren und so den Ausstoß zu senken. Der Preis der Zertifikate zeigt die Grenzvermeidungskosten für eine Tonne CO₂ an. Mit Solaranlagen kostet es in Deutschland 60 Mal so viel, mit Offshore-Windanlagen etwa 35 Mal so viel, mit Windanlagen an Land rund das 15-Fache der billigsten Einsparmöglichkeit.

Deutschland verschwendet viel Geld. Das liegt daran, dass parallel zum Emissionshandel noch die hohen Einspeisevergütungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) existieren, das den Besitzern von Solar-, Wind- und anderen Ökostromanlagen auf zwanzig Jahre hohe Abnahmepreise garantiert. Für Solaranlagen, die im eher sonnenarmen Deutschland nur auf eine schwache Stromausbeute kommen, werden besonders hohe Zuschüsse gewährt.

Bezahlen müssen das die Stromkunden. Im vergangenen Jahr wurde über die EEG-Umlage die Rekordsumme von 26 Milliarden Euro an die Ökostromproduzenten umverteilt. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt 300 bis 400 Euro im Jahr. Erinnern Sie sich noch? Als das EEG vor anderthalb Jahrzehnten startete, beruhigte der damalige Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne): Jeder müsse für den Ökostrom pro Monat nur etwa einen Euro zahlen, so viel wie für eine Kugel Eis.

Inzwischen sind die Strompreise in Deutschland die höchsten in ganz Europa (neben denjenigen in Dänemark), sie liegen 50 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Zwar sind die EEG-Einspeisevergütungen für neuere Anlagen gesenkt worden, doch der Preis bleibt hoch. Entsprechend hoch sind die Kosten je eingesparte Tonne Kohlendioxid.

Umweltökonomien predigen seit Jahren, dass der Handel mit Emissionszertifikaten der effizienteste und kostengünstigste Weg ist, die Emissionen zu begrenzen. Die Politik gibt eine CO₂-Obergrenze vor, überlässt es aber den Zigtausenden einzelnen Unternehmen, die billigsten Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung zu finden. Ineffiziente Kraftwerke und Fabriken werden modernisiert oder stillgelegt. Obwohl der europäische Emissionshandel seit 2005 die absolute CO₂-Obergrenze für Kraftwerke und Industrie in der EU setzt, gehen die Deutschen weiterhin zusätzlich ihren teuren EEG-Sonderweg.

Das Paradoxe daran ist, dass die deutschen Subventionen zwar den hiesigen Solar- und Windstrom-Ausbau stark anregen, aber die Gesamtmenge der Emissionen in der EU um keine einzige Tonne senken. Wenn die Deutschen weniger

Zertifikate nachfragen, sinkt deren Preis. Entsprechend fragen Industrie- und Stromkonzerne sowie Verbraucher in anderen EU-Ländern mehr nach.

Das bleibt auch dann wahr, wenn die Gesamtmenge der CO₂-Zertifikate verringert wird, wie durch den Beschluss der EU vom vergangenen Herbst, drei Milliarden Zertifikate aus dem Handel herauszunehmen, um dem Preisverfall seit der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Die deutschen EEG-Milliarden führen nicht dazu, dass die Emissionen gesenkt werden. Sie werden nur verlagert und entstehen an anderer Stelle. So ist es auch bei weiteren Einzelmaßnahmen wie dem Verbot der Glühbirne oder Vorgaben für Elektrogeräte.

Der Umweltökonom Joachim Weimann von der Universität Magdeburg hat daher schon vor zehn Jahren eine deutsche „Klimapolitik-Katastrophe“ geheielt. Die ökogläubigen Deutschen ließen sich von einem Märchen einlullen, wonach es „guten“ und „schlechten“ Strom gebe: Je mehr guter Strom produziert werde, desto besser fürs Klima. Dabei wird der Verlagerungseffekt ignoriert. Man müsse bei der Energiewende auch auf die Kosten achten, findet Weimann. Wenn sinnlos Milliarden verschwendet werden, sei das kein Vorbild für die Welt.

Mehr als ein Drittel der Stromproduktion in Deutschland kommt inzwischen aus erneuerbaren Quellen. Betrachtet man den Gesamtenergieverbrauch, also neben dem Strom auch Heizen und Verkehr, sieht die Rechnung anders aus. Von 13500 Petajoule werden nur 13 Prozent durch Erneuerbare abgedeckt. Geradezu winzig ist der Anteil von Wind (2,1 Prozent) und Solar (1,0 Prozent). Ungeklärt ist zudem, wie es möglich sein soll, mit schwankendem Wind- und Sonnenstrom den Grundlastbedarf einer Industrienation zu decken.

Die deutsche Energiewende steht noch am Anfang. Die Gesamtkosten einer radikalen Dekarbonisierung der hiesigen Wirtschaft dürften „im Bereich von 1000 bis 2000 Milliarden Euro liegen“, heißt es in einer Studie deutscher Wissenschaftsakademien. Auf dem planwirtschaftlichen, subventionsgetriebenen Weg wird die Energiewende leider so teuer, dass die Kosten das Vorhaben gegen die Wand zu fahren drohen.

Hubertus Bardt, Thilo Schäfer: Verteilungsprobleme und

Ineffizienz in der Klimapolitik, IW-Kurzbericht 1/2018

Joachim Weimann: Die Klimapolitik-Katastrophe. Deutschland im Dunkel der Energiesparlampe. Marburg 2